

Leitartikel

Energieeffizienz: Rolle der öffentlichen Hand klären
Ion Karagounis 2

Dossier «Energie und Umwelt»

Der Einfluss von Energiere Ressourcen auf Klima und Umwelt
Urs Neu 4

Optionen für eine nachhaltige Stromversorgung
Niklaus Zepf 6

An erster Stelle steht die Energieeffizienz
Patrick Hofstetter 8

Der Beitrag der Raumplanung an die Interessenabwägung
Niklaus Spori 10

Der Umgang mit Zielkonflikten im Kanton Bern
Flavio Turolla 12

Energieholz aus nachhaltiger Waldnutzung
Claire-Lise Suter Thalmann 14

Den Umweltaspekten Rechnung tragen
Hans Ulrich Schärer 16

Nachhaltige Energieversorgung: Vision oder bald Realität?
Peter C. Beyeler 18

Erneuerbare Energie aus Infrastrukturanlagen
Stefan Wiederkehr 20

Service

Hinweise und Links zum Thema «Energieversorgung und Umweltschutz» 21

Standpunkte

Sympathien für einen Gegenvorschlag zur Renaturierungsinitiative
Werner Widmer, Walter Hauenstein 22

Planung

Für einen schonenden Umgang mit Land und Landschaft
Marcus Ulber, Raimund Rodewald 24

Wasserunterricht

Auf den Spuren des Wasserkreislaufs
Nadine Ramer 26

und ausserdem

Impressum 28

Energieeffizienz: Rolle der öffentlichen Hand klären



Ion Karagounis,
Geschäftsführer
Praktischer
Umweltschutz
Schweiz Pusch

Obwohl die Faktenlage weitgehend klar ist, sind beim Klimaschutz keine schnellen Lösungen zu erwarten. Zu gross sind die Interessenkonflikte – nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern vor allem auf Seiten der öffentlichen Hand.

Obwohl der Klimawandel in aller Munde ist, geht es mit wirksamen Massnahmen – allen voran der Steigerung der Energieeffizienz – kaum vorwärts. Vordergründig stehen sich die sattsam bekannten Positionen von Parteien und Interessenvertretern gegenüber:

► Auf der einen Seite die Energiewirtschaft, die aus Sorge um die Versorgungssicherheit neue Grosskraftwerke bauen will. Sie spielt zudem verschiedene Interessen gegeneinander aus; im Namen des Klimaschutzes lobt sie Massnahmen, die anderen wichtigen Schutzgütern zuwider laufen oder grosse Risiken beinhalten wie der Vollausbau der Wasserkraft oder der Neubau von Kernkraftwerken.

► Auf der anderen Seite stehen die Vertreter des Umweltschutzes, die eine gesteigerte Energieeffizienz als Allheilmittel sehen und kaum bereit sind, Abstriche bei einzelnen Schutzgütern vorzunehmen.

In einer besonderen Zwickmühle stehen die erneuerbaren Energien: Sie sind im Gegensatz zu den herkömmlichen Energieträgern zwar klimaneutral und weisen verhältnismässig geringe Risiken auf. Dafür bedingen sie mitunter starke Eingriffe in die Gewässer, ins Landschaftsbild oder ins Ortsbild.

Wenig Interesse an wenig Energieverbrauch

Eine verstärkte Energieeffizienz würde tatsächlich viele Umweltprobleme gleichzeitig lösen. Sie basiert auf dem Credo, dass die Umweltbelastung und der Ressourcenverbrauch vom Wirtschaftswachstum abzukoppeln sind. Deshalb ist sie zu Recht die wichtigste Forderung, die von Umweltvertretern hervorgebracht wird. Und besonders ärgerlich ist, dass sie seit mehreren Jahrzehnten im Raum steht, ohne dass viel passiert wäre. Warum tut man sich so schwer mit der Steigerung der Energieeffizienz, wo doch die technisch machbaren Einsparungspotenziale immens sind?

Für die Wirtschaft im Allgemeinen dürften höhere Energiepreise oder ein knappes Energieangebot unproblematisch sein, so lange für alle Wettbewerbsteilnehmer dieselben Bedingungen gelten, insbesondere auch auf internationaler Ebene. Allerdings hat die Schweizer Wirtschaft dort kaum Grund zu klagen, liegen doch beispielsweise die Preise für Erdölprodukte in der Schweiz deutlich unter denjenigen der Nachbarländer.

Mehr Service für unsere Leserinnen und Leser

► **Service I:** Auf Seite 21 sind Kontaktadressen sowie Hinweise auf Gesetze und Publikationen zum Thema «Energieversorgung und Umweltschutz» übersichtlich zusammengefasst.

► **Service II:** Sämtliche Internetadressen in diesem Heft sind als Links auf der Homepage von Pusch direkt benutzbar: www.umweltschutz.ch/themaumwelt/

In einer anderen Situation steckt die Energiewirtschaft: Ihr Kerngeschäft ist es, Energie zu produzieren und zu verkaufen. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Energiewirtschaft wenig Interesse an weniger Energieverbrauch hat. Dies wird zwar selten offen, aber doch sehr deutlich hinter vorgehaltener Hand geäussert.

Was ist zu tun? In unserer Wirtschaftsordnung ist es weder möglich noch sinnvoll, einem privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen das Erzielen von Gewinnen zu verbieten. Möglich dagegen ist es, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass der Verkauf von möglichst viel Energie weniger Gewinn bringt als die Steigerung von Energieeffizienz. Dazu bieten sich Instrumente wie Abgaben, Zertifikate oder eingeschränkte Emissionsrechte an.

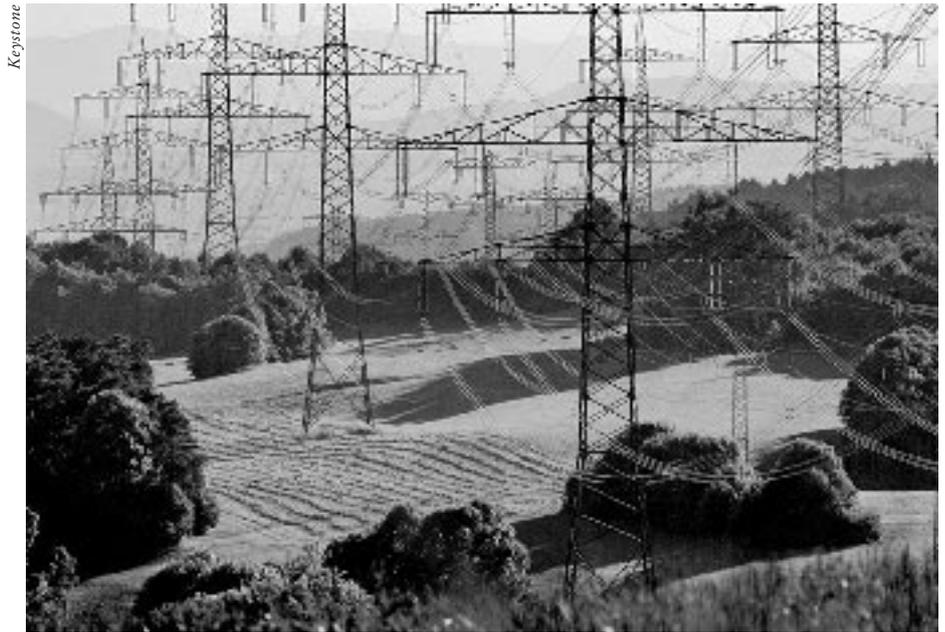
Um diese Rahmenbedingungen durchzusetzen, ist ein unabhängiger Staat gefragt, der der Wirtschaft die Stirn bieten kann. Heute ist jedoch das Gegenteil der Fall: Die öffentliche Hand oder mindestens wichtige Teile davon sind finanziell auf möglichst hohe Energieverkäufe angewiesen:

- ▶ der Bund über die Einnahmen der Mineralölsteuer,
- ▶ die Kantone als Empfänger von Wasserzinsen,
- ▶ die Kantone als Besitzer von grossen Teilen der Stromversorgungsunternehmen in der Schweiz,
- ▶ die Gemeinden mit ihren Elektrizitätswerken.

Doppelrolle der öffentlichen Hand aufbrechen

Der beste Beweis für diese Abhängigkeit ist, dass es der öffentlichen Hand in den letzten Jahren nicht gelungen ist, die Energieunternehmen auf mehr Energieeffizienz zu verpflichten, obwohl sie die Mehrheit an ihnen besitzt. Eines der wenigen Gegenbeispiele ist die Stadt Zürich, die mit ihrem Elektrizitätswerk eine verbesserte Energieeffizienz und eine ökologische Energieproduktion anstrebt.

Problematisch an den Einnahmen aus den Energieverkäufen ist insbesondere, dass die öffentliche Hand damit andere, durchaus wünschbare Aufgaben finanziert, wie die Stärkung von Bildung und Forschung. Aus kurzfristigen Überlegungen werden Mittel aus Aktivitäten generiert, die langfristig unerwünscht sind. Dies führt zu falschen



Solange der Staat als Mitbesitzer von Versorgungsunternehmen direkt von höheren Stromverkäufen profitiert, haben Effizienzmassnahmen wenig Chancen.

Entwicklungen, zum Beispiel zu einer institutionellen Schwächung des Umweltschutzes.

Es darf deshalb nicht mehr sein, dass der Staat direkt von immer höheren Energieverkäufen profitiert. Er soll lediglich für seine Leistungen entschädigt werden (zum Beispiel mit Wasserzinsen für die Konzessionsvergabe) und von der Wirtschaftsentwicklung im Allgemeinen profitieren (zum Beispiel über die Unternehmenssteuern). Seine Aufgabe soll darauf beschränkt werden, die Rahmenbedingungen für eine sichere, effiziente und ökologische Energieversorgung zu schaffen. Anzusetzen ist bei folgenden Punkten:

▶ Die Einnahmen für den Bund durch die Mineralölsteuern sind zu überprüfen. Sie könnten plafoniert werden, wenn die Menge importierter Erdölprodukte so hoch ist, dass deren Verbrennung den nach CO₂-Gesetz und Kyoto-Protokoll vorgesehenen CO₂-Ausstoss überschreitet. Die Mehrerträge wären direkt in Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zu investieren.

▶ Zusätzliche Wasserzinsen, wie sie zurzeit in Spiel gebracht werden, müssen mit klaren

ökologischen Leistungsaufträgen verbunden werden.

▶ Bei den Stromversorgungsunternehmen sind die Rolle von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft klarer zu trennen. Dort, wo gemischte Besitzstrukturen bestehen und die Unternehmen privatrechtlich organisiert sind, ist ein Rückzug der öffentlichen Hand als Besitzerin angezeigt. Hingegen ist es sinnvoll, dass die Netzgesellschaften in staatlicher Hand verbleiben. Dies sah bereits das in der Volksabstimmung verworfene Elektrizitätsmarktgesetz von 2002 vor, hinter das sich auch Praktischer Umweltschutz Schweiz Puschi gestellt hat (siehe Thema Umwelt 3/2001).

Mit diesen Massnahmen würde die öffentliche Hand nicht mehr direkt von Energieverkäufen und damit kurzfristig wirksamen Anreizen profitieren. Damit dürfte es ihr leichter fallen, ihre Rolle als Vertreterin des Gemeinwohls wirklich wahrzunehmen und starke, langfristig wirksame Rahmenbedingungen zur Steigerung der Energieeffizienz durchzusetzen. ■

Dossier «Energieversorgung und Umweltschutz»

Die Texte dieses Heftes basieren auf den Referaten der Tagung «Energieversorgung in der Schweiz: Klima und Natur im Clinch», das Praktischer Umweltschutz Schweiz Puschi am 3. September 2007 in Zürich durchgeführt hat. Die Herausgabe dieses Dossiers wurde vom Bundesamt für Umwelt Bafu und vom Bundesamt für Energie BFE finanziell unterstützt.